

Aktuelles aus dem Bundeshaus: Wie weiter nach dem Nein zur Einheitskasse?

Die Zukunft des Gesundheitswesens

Zur Eröffnung der IFAS vom 21.10.14 diskutierten die Nationalräte Urs Gasche (BDP), Gregor Rutz (SVP) und Ignazio Cassis (FDP) sowie die Zürcher Kantonsrätin Erika Ziltener (SP) über die Zukunft des Schweizer Gesundheitswesens. Der von FASMED und fmCh initiierte Politik-Talk wurde vom Zürcher Stadtrat Filippo Leutenegger (FDP) moderiert. Im Fokus stand die Frage, wie viel Regulierung und Verstaatlichung die angestrebte Qualitätsverbesserung (noch) verträgt.

Der Tessiner Nationalrat und Präsident der Cura futura, Ignazio Cassis, erklärte am Podium, dass mit der «Verfeinerung des Risikoausgleichs» und mit dem neuen Aufsichtsgesetz gleich zwei wichtige Krankenversicherungs-Vorlagen bereits im Vorfeld der Abstimmung zur Einheitskasse durchs Parlament gebracht worden seien. Es habe zwar zehn Jahre dafür gebraucht. Doch Ziel dieser neuen Geschäftsmodelle sei die Verbesserung der Transparenz und des Patientenschutzes sowie eine innovative medizinische Versorgung.

«Politik muss Fokus auf Effizienz legen»

Filippo Leutenegger fragte, ob im regulierten Gesundheitsmarkt noch alles besser, schneller und auch günstiger werden könne. Urs Gasche verwies darauf, dass die einzeln erbrachte Leistung relativ schwierig zu messen sei. «Bei unseren Kostendiskussionen dürfen wir jedoch nie vergessen, welche Spitzenleistung die Medizin mit ihrer hohen Innovations-Kadenz auf allen Stufen erbringt.»

Der Nationalrat und Präsident des Dachverbandes der Schweizer Medizintechnik, FASMED, zeigte sich überzeugt, dass sich trotz wachsendem Konsum der Bevölkerung und den damit steigenden Gesundheitskosten die Stückkosten senken liessen. Gasche betrachtet es deshalb als seine Aufgabe, in der Politik den Fokus auf Effizienz zu legen: «Als Gesetzgeber müssen wir im Parlament mit unseren Kontroll- und Prüfungsanforderungen soweit Mass halten, dass wir nicht mit Bürokratie einen wesentlichen Kostentreiber schaffen.»

Tücken liegen in der Paragraphenflut

Der Zürcher Nationalrat Gregor Rutz stimmte ihm bei und betonte, dass die Herausforderung weniger im Gesundheitswesen selbst als vielmehr in der Paragraphenflut liege: «Mit immer mehr neuen Vorschriften sollten wir nicht noch zusätzliche Probleme generieren und stattdessen mehr Wettbewerb zulassen.» Wo ein Markt besteht, seien Innovationen günstiger, ergänzte er.

Als Präsidentin des Dachverbands Schweizer Patientenstellen setzt sich Erika Ziltener am IFAS-Politiktalk für die laufende Qualitätsverbesserung im Gesundheitswesen ein. Sie plädierte am Podium für einen sinnvollen und vermehrt regulierten Einsatz der Medizin. So könne ein wesentlicher Teil der Spitalinfektionen dank verbesserter Hygienemassnahmen bzw. -vorschriften verhindert werden. Und ein nationales, in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) verankertes Qualitätszentrum schaffe die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Qualitätssicherung im Gesundheitswesen.

Nährboden für Innovation nicht zerstören

Urs Gasche erklärte am Podium, warum die Medizintechnik kein Qualitätszentrum des Bundes benötigt: «Der Nährboden für diese



Eine politische Runde (v.l.n.r.): Erika Ziltener, Präsidentin Dachverband Schweizer Patientenstellen; Dr.med. Ignazio Cassis, Nationalrat und Präsident Curafutura; Filippo Leutenegger, Zürcher Stadtrat; Urs Gasche, Nationalrat und Präsident FASMED; Gregor Rutz, Zürcher Nationalrat

vielfältige Industrie darf nicht mit einem staatlichen System zerstört werden.» Hier seien die bestehenden gesetzlichen Grundlagen, Projekte und Programme zusammen mit Partnern sowie das vorhandene Know-how völlig ausreichend. Eine Netzwerklösung, die auf dem Bestehenden aufbaut, wäre laut Gasche viel effizienter als die Führung einer Parallelstruktur, die nur Zusatzaufwand erzeugt und Innovationen erstickt.

«In einer zentral gesteuerten Wirtschaft lauert der Wolf im Schafspelz», warnte Gasche. Die Podiumsteilnehmer waren sich weitgehend einig, dass die bestehenden Systemmängel nicht mit Überregulierung zu beheben seien. Seit Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) wurde denn auch bereits die achte Volksinitiative abgelehnt. Ignazio Cassis riet deshalb, «lieber zuerst in Ruhe die bestehenden Gesetze umzusetzen, statt wieder neue darüber zu stülpen». Darüber hinaus solle auch mehr den Stimmbürgern vertraut und an ihre Eigenverantwortlichkeit appelliert werden.

Text: Kathrin Cuomo-Sachsse,
Kommunikation FASMED
Foto: Thomas Entzeroth



HINT Service Desk – die IT in guten Händen.

Wir kümmern uns um jeden Ihrer IT-Notfälle.

Damit Sie sich auf das Wesentliche konzentrieren können.

www.hintag.ch